

Attacke auf die Rente mit 67

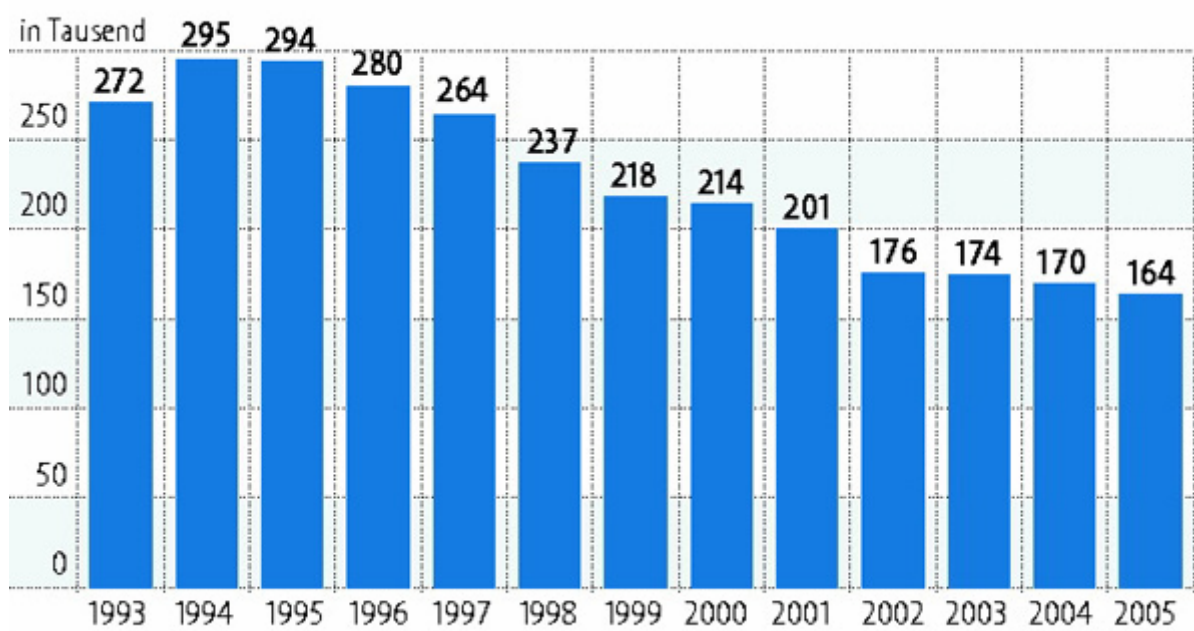
Die SPD-Fraktion stellt sich gegen Franz Müntefering und fordert, die Erwerbsminderungsrente künftig großzügiger zu gewähren.

Berlin, 8. Oktober. Mit weitgehenden Forderungen, die "Rente mit 67" aufzuweichen, wendet sich die Bundestagsfraktion der SPD gegen Bundessozialminister Franz Müntefering (SPD). Die Arbeitsgruppe unter Leitung der beiden SPD-Parlamentarier Elke Ferner und Ludwig Stiegler fordert, dass der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert und die Weiterbildung von Arbeitnehmern mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden soll.

Im Mittelpunkt des Papiers der SPD-Arbeitsgruppe mit dem Titel "Arbeitsbedingungen verbessern - Rentenzugang flexibilisieren" steht die Forderung, die Erwerbsminderungsrente künftig großzügiger zu gewähren. (...) Sie sieht vor, dass nur Versicherte, die nicht mehr als drei Stunden täglich arbeiten können, Anspruch auf eine volle Erwerbsminderungsrente haben. Arbeitnehmer, die drei bis sechs Stunden arbeiten können, erhalten eine anteilige Rentenzahlung. Die SPD-Arbeitsgruppe regt nun an, dass künftig auch ältere Beschäftigte, die noch acht Stunden arbeiten könnten, aber "gleichwohl von schwerwiegenden gesundheitlichen Leistungseinschränkungen betroffen sind, eine volle Erwerbsminderungsrente erhalten, wenn man ihnen keine derartige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt anbieten kann". (...)

Mit scharfer Kritik reagierte der Mannheimer Wirtschaftswissenschaftler und Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministeriums, Axel Börsch-Supan, auf die Vorschläge. "Das fördert nur die Frühverrentung. Das zeigen die Erfahrungen in den Ländern, in denen die Erwerbsminderungsrente nicht aus medizinischen, sondern großzügig aus arbeitsmarktpolitischen Gründen gewährt wird." Seine Berechnungen hätten ergeben, dass ein Ausbau der Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I im Vergleich zur vollen Wirksamkeit der Agenda 2010 von 2030 an einen jährlichen Wachstumsverlust von 0,3 Prozentpunkten zur Folge hätten. Der Rentnerquotient, definiert als Anteil der Rentner je Erwerbstätiger, stiege von der Regierung bisher veranschlagten Wert von 74 auf 83 an. Damit stiege also die Last, die die Beschäftigten zu stemmen hätten, sagte Börsch-Supan. (...)

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit



Quelle: Statistik der deutschen Rentenversicherung

F.A.Z.-Grafik Niebel

Der vollständige Artikel erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 9. Oktober 2007.